

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Werbekostenlos Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich-Brandt).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Verkaufsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Gesamtsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 75.

Berlin, Mittwoch, 20. September 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Der englische Gewerksvereins-Kongress. — Der Deutsche Städtetag und die Arbeitslosenversicherung. — Allgemeine Nachrichten. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Der englische Gewerksvereins-Kongress.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

Der „Trade-Union-Kongress“, die größte englische gewerkschaftliche Vereinigung, hielt seine Jahresversammlung vom 1. bis 9. September in Newcastle-on-Tyne ab. Auf dem Kongress waren 215 Organisationen mit 1.667.000 Mitgliedern durch 52 Delegierte (je einer auf 2000 Mitglieder) vertreten. Gegen das Vorjahr hat die Zahl der angeschlossenen Organisationen um 3, die der Mitglieder — trotz des Austritts der Zimmerer und Tischler-Organisation mit 58.000 Mitgliedern — um 5000, die der Delegierten um 19 zugenommen.

Die Verhandlungen des Kongresses fanden noch unter dem Eindruck der in den Wochen vorher durchlebten industriellen Kämpfe; die Stimmung, die die Delegierten aus dem Lande mitbrachten, spiegelte sich in ihren Reden wieder und fand wiederholt in stürmischen Szenen ihren Ausdruck. Am Dienstag war es die Anwesenheit der drei Regierungvertreter, unter denen sich auch der frühere Arbeiterabgeordnete *Shackleton* befand, die den Unwillen einer Anzahl der Delegierten erregte. Eine Resolution wurde vorgelegt, die die Einladung der Regierung verurteilte. Man wollte eine Regierung nicht auf dem Kongress vertreten sehen, die Arbeiter niederschlagen läßt. Da jedoch die Einladungen erfolgt waren, ehe die Streiks ausbrachen und außerdem die sozialistischen Beiführer der Resolution in ihren Angriffen weit über das Ziel hinausgeschossen, fanden sich nur 70 Delegierte zur Unterstützung bei der Abstimmung, während 262 Delegierte die Einladung der Regierungsvertreter antwiepen.

In anderer Form wurde der Angriff auf die Regierung dann am Mittwoch wiederholt, nämlich eines Antrages der Londoner Glasbläuer, sich für die Schaffung eines Volksheeres an Stelle der stehenden Armee auszusprechen. Der Antragsteller bemerkt die Verwendung von Militär bei den letzten Streiks zum Ausgangspunkt seiner Kritik an dem bestehenden System. Der Abgeordnete *Will Thorne*, der die Resolution unterstützte, erging sich in Tönen hohen Lobes über Armee und Flotte, die dazu da seien, die arbeitenden Klassen zu schützen und die nur darunter litten, daß die Offiziere, die sie leiten, unfähig seien. Die Ansichten der Opposition gegen den von dem sozialistischen Flügel vorgebrachten Vorschlag, der um so bemerkenswerter ist, als Herr *Harry Quelch* jetzt in Deutschland vortritt, die englischen Sozialisten seien für Abrüstung, brachte der Abgeordnete *F. Bard* vor, unterstützt von *Mr. Seddon*. Während der ersterer auf die Unmöglichkeit einer disziplinlosen Volksarmee, wie sie sich die Sozialisten vorstellen, hinwies, empfahl *Mr. Seddon* die Organisation und den Streik als bessere Waffen für Angriff und Verteidigung durch die Arbeiterklasse als das Schießen. Man sieht, daß hier wie auch in den Ausführungen der übrigen Redner, der Gedanke der zweifachen Verwendung des Gewehrs gegen den äußeren, wie gegen den inneren Feind, sich ständig vermischt. Es kann deshalb gerade nicht gefagt werden, daß die Debatte über die immerhin nicht unwichtige Frage unter besonders großen Gesichtspunkten und mit vollendeter Klarheit geführt wurde. Bei der Abstimmung ergab sich die Ablehnung der Resolution mit 1.500.000 gegen 93.000 Stimmen.

Von allergrößtem Interesse waren die Verhandlungen über eine von dem Abgeordneten *Grady* dem Kongress vorgelegte Resolution, in der die Gesamtheit der Transportarbeiter zu ihren Erfolgen bei den Streiks beglückwünscht wurde. Ferner wurde darin ausgesprochen, daß der Kongress kein Mittel unternimmt lassen wolle, die Unzufriedenheit unterbezahlter Arbeiter zu erwecken und zu erhalten und sie in ihrem Bemühen, einen genügenden Lebensunterhalt zu erwerben, zu unterstützen. In der Begründung führte der Antragsteller aus, daß als hervorsteckendes Ergebnis der verflochtenen Konflikte die Tatsache zu betrachten sei, daß es in Zukunft keine lokalen Streiks oder Ausperrungen mehr geben werde und daß, wo ungelernete und gelernete Arbeiter zusammen streifen, die letzteren nicht eher wieder die Arbeit aufnehmen werden, ehe nicht auch die Forderungen der ersten bewilligt sind.

Nach der einstimmigen Annahme der Resolution erfolgte eine ebenso einstimmige Verurteilung der von *Mr. Will Crooks* dem Parlamente vorgelegten und auch von anderen Arbeiterabgeordneten unterstützten Streikverhütungsbill. Der Kongress erklärte, mit allen Mitteln Verhinderung widerstreben zu wollen, die das Recht der Arbeiter auf Streik verhiteten oder hindern wollen, wenn der letztere zur Verteidigung oder Förderung von Rechten notwendig erklärt worden ist. *Mr. Crooks* selbst war nicht mehr auf dem Kongress anwesend; man hatte ihn auch nicht über die in Aussicht genommene Resolution verurteilt. Einer der Mitunterzeichner, der Bergarbeiterabgeordnete *Edwards*, zog seine Unterstützung mit der Begründung zurück, daß er diese zugeeigt habe, ohne über den Inhalt der Bill informiert gewesen zu sein. Er hätte etwas ganz anderes erwartet. Es wird nun eine schwierige Aufgabe für *Mr. Crooks* und die Arbeiterpartei sein, eine Bill im Parlament zu vertreten, die vom Trade-Union-Kongress abgelehnt worden ist. Doch hat zweifellos auch hier die Stimmführung des Momentes die Oberhand gewonnen über eine ruhigere und sachliche Betrachtung des Entwurfs.

Der Donnerstag der Sitzungswoche war der Beratung sozialpolitischer Fragen gewidmet. Zunächst nahmen wir auf allen früheren Arbeiterkongressen seit 1905, die Arbeitsbörsen (staatliche Arbeitsnachweise) daran glauben. In den schon früher aufgetauchten Behauptungen, daß die Arbeitsbörsen Streikbrecher vermitteln, wurde jetzt noch hinzugefügt, daß die Leitung derselben meist in den Händen von Leuten liegt, die von industriellen und sozialen Fragen nicht das Geringste verstehen. Von dem Abgeordneten *Chimes*, *Mr. Savelock Wilson*, und einigen anderen wurde die Anforderung an die Redner gerichtet, ihre Vorwürfe zu substantiieren und den Parlamentenmitgliedern vorzulegen; allein trotz dieser Verweigerung auf einen besseren Weg der Abhilfe wurde die vorgelegte, das ganze System verwerfende Resolution mit 1.200.000 gegen 297.000 Stimmen angenommen.

Einen anderen Vorschlag, die neuen Versicherungspläne der Regierung abzulehnen, wenn nicht völlige Beitragsfreiheit damit verbunden wird, erachtete man bei der gegenwärtigen finanzpolitischen Lage als inopportun. Er wurde mit 594.000 Stimmen abgelehnt. *Miss Mary Macarthur* schlug ein Amendement zum Krankenversicherungsgesetzentwurf vor, nach dem der Beitrag für alle Personen, die weniger als 15 Mark verdienen, vom Staat und Arbeitgeber gemeinsam getragen werden müßte. Man könnte Mädchen, die 6,50 Mark wöchentlich verdienen, nicht zumuten, zu hungern, damit die Krankenversicherungsbeiträge gezahlt werden könn-

ten. Die Majorität für diesen Antrag war nur eine geringe, da 530.000 Stimmen dafür und 488.000 dagegen abgegeben wurden. In einer anderen Resolution, die ebenfalls angenommen wurde, war neben anderem der Vorschlag enthalten, Personen mit einem geringeren Wochenverdienst als 25 Mk. vom Beitrag gänzlich zu befreien oder den Beitrag zu verringern.

Von sozialpolitischen Resolutionen, die an den anderen Tagen angenommen wurden, sind erwähnenswert: Verstaatlichung der Eisenbahnen, Osborne-Urteil, Ausdehnung und Vereinfachung von Unfallentschädigung und Fabrikaufsicht, Ausdehnung der Lohnämter auf alle Industrien, in denen die Lohnrate nicht einen genügenden Lebensunterhalt ermöglicht; Forderung der Bestimmungen über Erwerb des Wahlrechts; Erweiterung und Demokratisierung desselben; Beschäftigung von Telegraphenboten; Arbeitsverhältnisse der Nachtarbeiter.

Am Freitag kam außerdem auch die Frage der Verweltlichung der Schule zur Verhandlung, für die sich der Kongress mit 717.000 gegen 120.000 Stimmen aussprach. Leider wurde bei dieser Gelegenheit eine sehr unangenehme Szene dadurch hervorgerufen, daß die Delegierten die Sprecher der Minderheit, die Katholiken, nicht zu Wort kommen lassen wollten, was diese wiederum zu wüsten Beschimpfungen veranlaßte. Eine ähnliche Zensur spielte sich am Tage vorher vor dem Eingang in das Kongresslokal ab, wo der Führer der Dockarbeiter, *Mr. Ben Tillet*, einen anderen wohlbekannten Trade-Unionisten mit der Faust ins Gesicht schlug. In seinem Schlusswort nahm der Vorsitzende mit den Worten darauf Bezug, daß es sehr oft sei, Differenzen zu haben, nur sollten sie nicht wie zwischen *Rowdys* zum Austrag gebracht werden. Das ist für das Haus der Abgeordneten vielleicht angemessen, (!) aber nicht für den Trade-Union-Kongress. Einen warmen Schlußton erzielte er dann durch das Vorlesen eines Briefes, dem 45 Mr. für den Gewerksverein der Eisenbahner beigefügt waren. Die Absenderin war eine Frau, die einige Eisenbahnaktien besaß und den Betrag als Extradividende erhalten hatte. Sie erklärte, sie könne dieses Geld nicht annehmen, an dem das Blut von Angestellten mit Hungerlöhnen ließe.

Der Kongress wird im nächsten Jahre in *Newport* stattfinden.

Der Deutsche Städtetag und die Arbeitslosenversicherung.

Der Deutsche Städtetag ist eine Vereinigung der deutschen Städte mit mehr als 25.000 Einwohnern. Er umfaßt 176 Gemeinden mit einer Bevölkerung von über 18½ Millionen. Nur sechs deutsche Städte haben sich dem Städtetag noch nicht angeschlossen. Derselbe repräsentiert also eine staatliche Macht, und seinen Veranstaltungen wird mit Recht große Bedeutung beigegeben. Das galt insbesondere von seiner dritten Tagung, die in der vergangenen Woche in *Posen* stattgefunden hat. Die Beratungsgegenstände waren von ganz hervorragender Bedeutung. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildeten die Kreditverhältnisse der deutschen Städte. Außer diesem Thema stand die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise und die Frage der Arbeitslosenversicherung zur Erörterung. Ein Antrag, der die drohende Nahrungsmittelteuerung zum Gegenstande hatte, kam nicht mehr zur Verhandlung, weil die Beteiligung schon allzu schwach geworden war.

Von den verhandelten Gegenständen interessiert uns in erster Linie die Arbeitslosenversicherung. Gatte man doch an vielen Orten die Arbeiterchaft, wenn sie die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung verlangte, auf diesen Städtetag vertröftet. Leider sind die Erwartungen und Hoffnungen, die man an die Tagung geknüpft hat, arg enttäuscht worden. Von den Referenten über diese Frage, den Oberbürgermeistern Ballraf-Köln und Dr. Adides-Frankfurt a. M. waren folgende Leitfäden der Vermittlung unterbreitet:

1. Von starker menschlicher Teilnahme für die Not der unversichert Arbeitslosen erfüllt, sind viele Stadtverwaltungen seit geraumer Zeit bemüht gewesen, Diffe zu bringen, aber die Erfolge waren nur bescheiden. Das Verlangen nach einer umfassenden Arbeitslosenversicherung macht sich daher immer wieder geltend, und die Stadtverwaltungen haben umso mehr Anlaß zum Studium dieser Fragen, als neuerdings die bayerische und badische Staatsregierung versucht haben, den Städten in erster Linie die Verantwortung für die Organisation der Arbeitslosenversicherung zuzuwenden.

2. Den sichersten Ausgangspunkt der Untersuchungen bildet die auf Anregung des Reichstags vom Kaiserlich Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik (Regierungsrat Dr. Leo), herausgegebene große Denkschrift über die Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit im Ausland und in Deutschland (1906). Und zwar ist es vor allem wichtig, die Ausführungen dieser Denkschrift über Umfang und Ursachen der Arbeitslosigkeit, gegen welche die Versicherung geplant ist, d. h. der Arbeitslosigkeit eines arbeitswilligen und arbeitsfähigen Arbeiters, der eine angemessene Beschäftigung nicht finden kann, scharf und bestimmt zu erfassen.

3. Soweit die bisherigen Erfahrungen und Ermittlungen zeigen, sind Gründe und Umfang der Arbeitslosigkeit und auch das Versicherungsbedürfnis in den einzelnen Gewerben äußerst verschieden. Ein großer Unterschied ist vor allem dadurch gegeben, daß in den Better-Saisongewerben, namentlich Landwirtschaft, Binnen-schiffahrt und Baugewerbe mit Hilfsberufen alljährlich an einer nach dem Jahresdurchschnitt in weitem Umfang zeitweiligen Zahl von Tagen die Arbeit im Gewerbe aus klimatischen Gründen mit Sicherheit ausgeschlossen ist, während im übrigen die Arbeitslosigkeit durch Geschäftsstörungen, Änderungen im Gewerbebetrieb, Ueberfüllung des Berufes und andere ungenügende Umstände verursacht wird. Ganz besonders geteilt ist außerdem die Arbeitslosigkeit der sogenannten Gelegenheitsarbeiter. Das Versicherungsbedürfnis ist überdies in den einzelnen Berufen auch deshalb sehr verschieden, weil die Möglichkeit von Nebenberufen und Nebenbeschäftigung in der arbeitslosen Zeit außerordentlich verschieden ist. Eine sorgfältigere Untersuchung und eine geforderte, den eigentlichen Verhältnissen der einzelnen Arbeiterklassen angepaßte Behandlung der verschiedenen Fälle und die Herausarbeitung der in den einzelnen Fällen ratsamen und verwendbaren Versicherungseinrichtungen ist umso mehr geboten, als eine allgemeine Arbeiterversicherung zurzeit schon deshalb ausgeschlossen erscheint, weil ihre Voraussetzung — ein allgemeiner Arbeitsnachweis — nicht vorhanden ist und voraussichtlich auch in naher Zeit nicht vorhanden sein wird.

4. Die Grundfrage jeder Organisation für Arbeitslosenversicherung ist die Frage: ob und in welchem Umfang ein staatlicher Zwang angeordnet werden soll? Für ihre Beantwortung ist der Umstand, daß im Deutschen Reich die Gewöhnung an Zwang auf diesem Gebiete weiter verbreitet ist, als in den meisten anderen Ländern, deren Arbeiterversicherung auf Freiwilligkeit beruht, bei Beantwortung auf Maßnahmen des Auslandes sorgsam zu beachten. Jedenfalls sind bei uns hervorzuheben Kennner der Ansicht, daß durchgreifende Erfolge nur bei Zwang erreichbar sind, und auch wir müssen nach unseren Erfahrungen bestätigen, daß die bisherigen Versuche freiwilliger Versicherung (sogenanntes Geiter und Kölner System) gerade da, wo nach ziemlich allgemeiner Auffassung am dringendsten Hilfe nottut, bei den Bauarbeitern und den ungelerten Gelegenheitsarbeitern, nur ganz unzureichende Hilfe gebracht haben. Diese Erfahrung zeigt zugleich, daß die Frage des Zwanges keineswegs einheitlich behandelt werden kann, daß vielmehr für die einzelnen Arbeiterklassen eine Untersuchung unerlässlich ist, ob für sie mit Rücksicht auf die Stärke des Versicherungsbedürfnisses ein Versicherungszwang irgendwelcher Art im allgemeinen Interesse nötig und möglich ist, wobei auch der für einzelne Gewerbe mancherlei Vorteile bietende Spargang mit zu berücksichtigen sein würde.

5. Eine fernere wichtige Frage betrifft die Aufbringung der Beiträge durch die zunächst Beteiligten, d. h. die Arbeiter und Arbeitgeber, und kann gleichfalls nur für die einzelnen Gewerbe erfolgreich untersucht und beantwortet werden. Die Lage und Leistungsfähigkeit des Gewerbes, seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Gewerben des Auslandes, die Gründe der Arbeitslosigkeit im Gewerbe (klimatische und andere) spielen hierbei eine entscheidende Rolle; ebenso die Höhe der Löhne, die für viele Gewerbe jetzt durch Tarifverträge einheitlich geregelt sind.

6. Noch schwieriger liegt die prinzipiell wie praktisch außerordentlich wichtige und trotzdem oft leicht hin behandelte Frage der Zuschüsse aus öffentlichen Kassen, welche gleichfalls ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in den einzelnen Gewerben nicht zureichend beantwortet werden kann. Es ist z. B. kein Grund ersichtlich, warum

eine öffentliche Beihilfe für Fälle gegeben werden soll, in denen die Arbeitslosigkeit nur aus klimatischen Gründen eintritt.

7. Ferner kann die Voraussetzung jeder Arbeitslosenversicherung: nämlich ein gut geordnetes Arbeitsnachweis für die beruflich geschulten Arbeiter nur für die einzelnen Gewerbe geregelt werden.

8. Wenn hiernach sowohl die Gründe der Arbeitslosigkeit als das Versicherungsbedürfnis in den einzelnen Gewerben sehr verschieden sind, und auch die grundlegenden Fragen des Zwanges, der Verteilung der Beiträge, der öffentlichen Zuschüsse und des Arbeitsnachweises nur nach den Bedürfnissen der einzelnen Gewerbe beantwortet werden können, so ist die weitere Förderung einer rationellen Arbeiterversicherung nur durch Untersuchung der Verhältnisse in den einzelnen Gewerben zu erzielen. Diese kann aber nicht von den Stadtverwaltungen — allein 181 in Städten mit über 25000 Einwohnern — sondern nur einheitlich von der Reichsregierung oder den Landesregierungen durchgeführt werden. Die Ueberweisung der weiteren Bearbeitung der Fragen der Arbeitslosenversicherung an die Gemeindevorstellungen ist daher nur eine Verlegenheitsauskunft, um die eigentlich verantwortlichen Stellen Regierungen und Parlamente — von Verantwortlichkeit zu befreien. Alle Gemeindevorstellungen, auch diejenigen, welche aus freier Entschluß bisher Versicherungseinrichtungen irgend welcher Art für Arbeitslose geschaffen haben, sowie alle wahren Freunde rationaler und wirksamer Versicherung sollten gegen diese Versuche der Übertragung der Verantwortlichkeiten Verwahrung einlegen und von den Regierungen fordern, daß von ihnen unverzüglich die erforderlichen Untersuchungen geleitet werden, um sowohl das Versicherungsbedürfnis als die Mittel zu seiner Verwirklichung für die einzelnen Gewerbe- und Arbeiterklassen zu ermitteln und festzustellen. Soweit die Stadtverwaltungen der Getegenheitsarbeiter, hilfreiche Hand leisten können, werden sie gern dazu bereit sein. Daß diese Untersuchung der Verhältnisse der Bauarbeiter in erster Linie ins Auge zu fassen hätte, ergibt sich aus den Ausführungen unter Nummer 4. Bei diesen Untersuchungen wird auch zu prüfen sein, ob — zur Beschaffung schneller Hilfe unter besonders drückenden Verhältnissen vor einer Erhebung der übrigen Fragen zunächst für einzelne Kommunalverbände reichs- und landesgesetzlich eine obligatorische Arbeitslosenversicherung für Bauarbeiter einzuführen wäre.

Der erste Referent bechränkte sich darauf, ganz allgemein die Frage der Arbeitslosenversicherung zu erörtern, und kam zu dem Resultat, daß eine gesetzliche Verpflichtung nicht vorliege. Ein Recht auf Arbeit erkenne weder der Staat noch die Gesetzgebung an. Trotzdem befruchtete er lebhaft die Arbeitslosenversicherung, die nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden dürfe. Deutlicher wurde der Oberbürgermeister von Frankfurt, der die vorgelegten Leitfäden im einzelnen begründete. Es geschah dies in einer Weise, daß verschiedene Diskussionen nachher erklärte, Herr Dr. Adides habe mehr gegen als für die Arbeitslosenversicherung gesprochen. Dieser Vorwurf wurde dadurch zu entkräften versucht, daß Dr. Adides erklärte, er müsse dann wohl falsch verstanden sein. Auch die sachlichen Ausführungen des Frankfurter Oberbürgermeisters brachten ihm vielen Widerspruch ein. Mit Recht wurde ihm entgegengehalten, daß er die Frage viel zu sehr vom politischen Standpunkte betrachtet habe. Er hatte nämlich u. a. auch das Geiter System deshalb verworfen, weil man damit der Sozialdemokratie Geld- und Machtmittel in die Hand gebe. Auf gleicher Höhe stand die Behauptung, daß eine kommunale Arbeitslosenversicherung ein Ausnahmeverfahren zugunsten der Arbeiter bilde.

Wir dürfen es uns erlauben, auf die Ausführungen im einzelnen näher einzugehen. Der Kern derselben — das geht ja auch aus den Leitfäden hervor — bejaht, daß die Arbeitslosenversicherung nicht Aufgabe der Kommune sei, sondern daß dieses Problem von Reich und Staat gelöst werden müsse, wobei die Gemeinden hilfreiche Hand leisten. In diesem Sinne wurden die Leitfäden mit allen gegen fünf Stimmen angenommen.

Damit ist die Lösung des Problems auf lange Zeit verzögert worden. Auf Grund dieser Beschlüsse wird manche Gemeinde, die sich sonst vielleicht zur Einführung der Arbeitslosenversicherung verstanden hätte, darauf verzichtet und die Arbeiter darauf vertröftet, bis Reich und Staat die Regelung der Frage in die Hand genommen haben. Darüber aber werden noch viele Jahre vergehen, selbst wenn die Städte dabei ihre hilfreiche Hand bieten. Nach alledem muß das Ergebnis des Städtetages als ein durchaus unbefriedigendes bezeichnet werden. Das Regzet zur Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems erinnert stark an die berühmte „weiße Salbe“.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 19. September 1911.

Die Stellung der Frauen zur Teuerung behandelt der Hauptvorstand des Gewerksvereins der Frauen und Mädchen in seiner letzten Sitzung. Das Vorgehen der Frauen in Frankreich und Belgien konnte als zweckmäßig nicht anerkannt werden, da dadurch den Regierungen Veranlassung geboten wird, härtere Maßregeln zu ungunsten der gesamten Bevölkerung zu ergreifen. Trotzdem müssen die Frauen Deutschlands energisch von den gelegentlichen Körperleidern verlangen, daß sie alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um die bestehende Teuerung und die voraussichtliche weitere Steigerung der Lebensmittelpreise einigermaßen erträglich zu gestalten, damit die Ernährungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung nicht noch schlechter als bisher werden. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Der Hauptvorstand des Gewerksvereins der Deutschen Frauen und Mädchen (S.-D.) erucht die Regierung, schleunigst alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die zum großen Teil durch die abnormen Bitterungsverhältnisse entstandene Teuerung aller Lebensmittel einigermaßen erträglich zu gestalten, insbesondere durch Ermäßigung der Zölle, teilweise Aufhebung der Einfuhrzölle und Vorzugsstarke für Förderung von Lebensmitteln auf Eisenbahnen. Eine weitere Unterernährung der arbeitenden Klassen wird zur Gefahr für die gesamte Nation.“

Für die Fortführung der Sozialpolitik hat sich auf der zweiten internationalen Konferenz für Sozialversicherung in Dresden der frühere Staatssekretär Graf Posadowsky, ausgesprochen und dabei etwa folgendes ausgesprochen:

Ich war vor einigen Jahren auf einem sozialpolitischen Kongreß und trat gegenüber Strömungen, die sich seit einiger Zeit geltend machen, daß wir nämlich die Sozialpolitik überspannten, ein für eine kraftvolle Fortführung unserer sozialpolitischen Arbeiten. Aus der Mitte der Versammlung wandte man ein, daß das nicht die Forderung der Stunde sei, vielmehr sei die Forderung der Stunde, die Selbsthilfe zu wecken; denn ein kräftiges Volk müsse sich auf die Selbsthilfe stützen und nicht immer nur auf die Staatshilfe vertrauen. Unser wirtschaftliches Leben hat aber eine derartige Entwicklung angenommen, daß die Verhältnisse mit einer solchen Wucht auf dem einzelnen Individuum lasten, daß dieses nicht immer imstande ist, sich selbst zu helfen. Hier tritt die Grenzlinie ein, wo die starke Hand des Staates eingreifen muß, um Uebelstände zu beseitigen, gegen die der einzelne machtlos ist und geschützt werden muß durch sozialpolitische Maßnahmen. Es liegt in der menschlichen Natur, daß jeder seine höhere Lage verbessern will. Die gute Seite dieses Strebens ist, daß der wirtschaftliche und technische Fortschritt, wenn auch nicht immer der jütlische gehoben wird. Und wo nur immer Individuen sich zu gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen vereinigen, da entstehen Klassenkämpfe und Klassenangelegenheiten.

Wie die einzelnen Klassen, so suchen auch ganze Nationen durch den Kampf ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Wir nennen das Wettbewerben auf dem Weltmarkt. Diese wirtschaftlichen Kämpfe haben aber auch Schäden zur Folge. Kein Staat, keine Gemeinde kann eine gesunde Sozialpolitik treiben, die nicht auf der Grundlage der wirtschaftlichen Grundlage beruht und sich auf wirtschaftlich aufsteigender Linie befindet. Wir müssen suchen, die drei Faktoren unseres Wirtschaftslebens, Kapital, Unternehmerlust und Arbeitskraft durch die Gesetzgebung auszugleichen und eine gesunde Diagonale zu finden. Wenn unser Verein besteht ist, die sozialpolitischen Gesetze auf internationaler Grundlage zu regeln, und den einen Faktor unseres Wirtschaftslebens, die Belohnung der Produktionskosten durch soziale Versicherung in möglichst gerechter Weise zu verteilen und in den einzelnen Ländern parallel zu gestalten, so wird der Wettbewerb gleichmäßig gestaltet. Wirtschaftliche Kämpfe werden nicht aufhören, so lange nicht das Wirtschaftsleben eines Volkes hinter einer einheitlichen Mauer erhartet. Darum kann sich auch die Sozialpolitik niemals erschöpfen.

Mehrlischen Gedanken hat Graf Posadowsky schon öfter Ausdruck verliehen, sehr zum Verdruß sowohl der Sozialdemokraten als auch fanatischer Mandaterteute. Hoffentlich haben diese Ausführungen in Dresden so starken Widerhall gefunden, daß sie unter den anwesenden Nationen einen edlen Wettbewerb zur Folge haben!

Der sozialdemokratische Parteitag in Jena hat einen friedlicheren Verlauf genommen, als die vorhergehenden Auseinandersetzungen erwarten ließen. Deswegen ging es aber immer noch hitzig genug zu, und manche Liebenswürdigkeit warfen sich die Diskussionen gegenseitig an den Kopf. Zu dessen daran ist man bei der Sozialdemokratie gewöhnt und auch daran, daß gerade diejenigen, bei

denen man am meisten Bildung vorzuziehen sollte. sich gewöhnlich am wenigsten gebildet betragen. Troß alledem muß, wie gesagt, zugegeben werden, daß der Parteitag sich vornehmlich vor den meisten seiner Vorgänger auszeichnet, wozu zweifellos die Nähe der Reichstagswahlen viel beigetragen hat. Allerdings darf auch nicht verschwiegen werden, daß die Ruhe oftmals mit recht robusten Mitteln seitens der Parteileitung erzwingen wurde.

Es liegt uns fern, auf die Einzelheiten der Tagung hier näher einzugehen. Nur einige Momente, die auch für uns als Arbeiterorganisation interessant sind, seien herausgegriffen. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wurde im Geschäftsbericht selbstverständlich mit berührt. Dabei spielten die in letzter Zeit viel besprochenen Geheimgirakulare des Parteivorstandes und der Generalkommission eine große Rolle. Auch in diesen Debatten zeigte sich, mit welcher Geringschätzung die Ultraradikalen die gewerkschaftliche Arbeit betrachten, und wie gern sie die Gewerkschaften noch mehr als bisher zu Schleppträgern der Partei herabwürdigten möchten. Namentlich die Redakteure einiger rheinisch-westfälischen Blätter, die sich schon im Buchdrucker-Konflikt unangenehm bemerkbar gemacht hatten, konnten es sich nicht verkneifen, gegen den Buchdruckerverband und die Generalkommission scharf zu machen. Daß sie ihre unfreundliche Haltung trotz der scharfen Erwiderungen seitens der Gewerkschaftsführer aufgeben werden, ist nicht anzunehmen. Die Gewerkschaften werden von dieser Seite sich auch weiter bevormunden und belächeln lassen müssen.

Das Referat Pfannkuchs über die Maifeier muß bei allen Sachkundigen ein Lächeln hervorgerufen haben, da er mit einer geradezu auffallenden Ausdringlichkeit immer und immer wieder betonte, daß die Beteiligung an der Maifeier auch in diesem Jahre wieder stärker geworden sei, daß also das Interesse daran in der Arbeiterchaft wachse. In Wirklichkeit aber ist dieses Interesse an dem sogenannten Weltfeiertage von Jahr zu Jahr geschwunden, und auch in der Diskussion fehlte es nicht an Rednern, die das offen eingestanden. Wenn trotzdem vom Hauptreferenten das Gegenteil behauptet wird, so weiß man, was man überhaupt von solchen Tiraden zu halten hat.

Der Vortrag des Reichstagsabgeordneten Mollenhuth über die Reichsversicherungsordnung war eine schlankle Ablehnung dieses gesetzgeberischen Wertes. Troß ihrer großen Bedeutung für die Arbeiterchaft läßt es nur eine kümmerliche Debatte aus, so daß selbst der Referent seinem Erlaunen darüber Ausdruck verlieh. Die bemerkenswertesten Ereignisse des Parteitages waren die Reden Bebel's über die Marokkofrage und die Reichstagswahlen. Die Resolutionen zu diesen beiden Fragen förderten aber ebenso wenig wie die Reden selbst wesentlich neue Gesichtspunkte zutage.

Arbeiterbewegung. Die Differenzen in der Leipziger Gelbmetallindustrie sind beigelegt, nachdem die Arbeiter die Vorschläge der Arbeitgeber mit Zweidrittelmehrheit nach heftiger Ausprobung angenommen haben. Damit hat die Ausprobung in der Leipziger Metallindustrie ihr Ende erreicht, und auch in den übrigen sächsischen Bezirken dürften die Differenzen damit beendet sein. — Der Streik der Elektromonteur und Helfer in Berlin ist beendet. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden, ohne daß, abgesehen von einzelnen Betrieben, erhebliche Vorteile errungen worden sind. — In dem Glühlampenwerk von Schneider in Berlin dauert die Ausprobung noch fort. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben sich zu Verhandlungen bereit erklärt. — In Berlin befinden sich die in der Militär-, Effekten- und Gürtlerbranche beschäftigten Metallarbeiter in einer Lohnbewegung. Sie haben den Unternehmern Forderungen eingereicht, auf welche diese mit Gegenvorschlägen antworteten. Da diese Gegenvorschläge aber namentlich hinsichtlich der Lohnfrage zu wenig Zugeständnisse brachten, wurden sie von den Arbeitern abgelehnt. Drei von zehn Firmen haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt, bei den übrigen wurde die Arbeit niedergelegt. — Die Ausprobung in niederrheinischen Tabakgewerbe ist nach mehrtägigen Verhandlungen, in denen den Arbeitern einige Zugeständnisse gemacht wurden, aufgehoben worden.

Der Generalstreik in Bilbao wird noch weitergeführt, wenn auch verschiedene Arbeiterkategorien, insbesondere auch die Straßenbahner ihre Beschäftigung wieder aufgenommen haben. Dagegen ist es in Saragozza zu einer neuen Streikbewegung gekommen, so daß fast nur in den

öffentlichen Betrieben der Dienst aufrecht erhalten wird.

Sozialdemokratische Koalitionsfreiheit! Unter dieser Stichmarke haben wir mehrfach über einen Vorgang in Nürnberg berichten müssen, wo bei einer Firma sämtliche dem „freien“ Malerverbände angehörenden Gehilfen die Arbeit niederlegten, um die Entlassung zweier Genossenschaftsmitglieder zu erzwingen. Wie dies in allen solchen Fällen nachher behauptet wird, wollen die „Genossen“ nicht der Organisationszugehörigkeit wegen, sondern aus persönlichen Streitigkeiten die Arbeit niedergelegt haben. Daß dies nicht zutrifft, zeigt das Urteil des Ortsarbitrates für das Maler-, Lackierer-, Anstreicher- und Tischlergewerbe in Nürnberg-Fürth, das die Mitglieder des Malerverbandes des Tarifbruches für schuldig erklärt und in dessen Begründung es heißt:

Am 31. Juli lfd. Jahres, vormittags, legten 15 dem Verbands der Maler, Lackierer, Anstreicher und Tischler Deutschlands, Filiale Nürnberg, angehörige Malergehilfen des Malermeisters Kranz darüber die Arbeit nieder, die sie erst nachmittags wieder aufnahmen, nachdem der Meister die Arbeiter Krause und Müller, beide Mitglieder des Sächsisch-Dürerischen Gewerbevereins, entlassen hatte. In diesem Vorgehen der 15 Malergehilfen erfuhr der Süddeutsche Malermeisterverband einen Tarifbruch und beantragt Entscheidung darüber. Der Obmann Müller brachte heute namens und im Auftrag der Vorgesetzten vor, daß nicht die Zugehörigkeit zum Sächsisch-Dürerischen Gewerbeverein den Grund der Arbeitsniederlegung gebildet hat, vielmehr der Umstand, daß die beiden entlassenen Arbeiter unverträglich gewesen seien und daß daher die anderen Arbeiter nicht länger mehr mit ihnen hätten arbeiten können.

Nach § 9 Nummer 5 des Reichsarbeitsbüros Mahregelungen wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation nicht stattfindend. Das Ortsarbitrium hat sich auf Grund der heutigen Verhandlung überzeugt, daß eine solche Mahregelung vorliegt.

Für die Annahme, daß die beiden entlassenen Arbeiter unverträglich gewesen seien, so daß den anderen Arbeitern die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses mit ihnen nicht länger zugemutet werden konnte, liegen keine Anhaltspunkte vor. Lediglich die Zugehörigkeit der beiden Arbeiter zu dem Sächsisch-Dürerischen Gewerbeverein kann daher der Grund für die, wenn auch nur vorübergehende Arbeitsniederlegung der anderen Arbeiter bilden, da sämtliche Vorgesetzte, was besonders für den Tarifbruch spricht, die Arbeit nicht erst wieder aufgenommen, als bis die anderen Arbeiter vom Meister entlassen worden waren.

Es war deswegen wie gesehen zu erkennen. Der Vorsitzende: geg. Wagner.

Da demnach die alte Anrede hier veriangt, wird man nach einer neuen suchen müssen. Wahrscheinlich wird nunmehr die Objektivität des Tarifkomits in Zweifel gezogen werden. Für alle unparteiisch und gerecht denkenden Menschen sind jene roten Freiheitshelden durch obiges Urteil gebührend gekennzeichnet und gebrandmarkt.

Mord und Fanatismus? Vor etwa 14 Tagen wurden in Ammendorf s. B. Halle drei Mitglieder unseres Gewerbevereins der Holzarbeiter spät abends überfallen und so schwer verletzt, daß einer von ihnen, der Kollege Kothner, an den Verletzungen starb. Die Täter wurden auf der Flucht ergriffen. Die begleitenden Umstände mühten den Anschein erwecken, daß der Ueberfall von „Genossen“ ausgeführt war, und auch in der Presse wurde die Sache so dargestellt. Wir hätten zu dem überaus traurigen Vorfall überhaupt nicht Stellung genommen, bevor er nicht durch die gerichtliche Verhandlung völlig klar gelegt ist, wenn nicht die sozialdemokratische Presse, voran der „Vorwärts“ und das „Sächsisch-Volksblatt“, die Verbrecher, die den Ueberfall verübt haben, mit einem geradezu verdächtigen Eifer in Schutz nehmen. Der „Vorwärts“ verteidigt sich sogar zu der Behauptung, die von hinten überfallenen Kollegen seien die Angreifer gewesen, und die Täter hätten in der Notwehr gehandelt. Angesichts dieser eigenartigen Verteidigung müssen im Interesse der Wahrheit einige Tatsachen festgestellt werden: Die Tat wurde in der Nähe unseres Vereinslokals, der Broihanschenke, verübt, welche von der Sozialdemokratie boykottiert ist. Unsere Kollegen wurden von hinten überfallen, wobei Kothner neben anderen Verletzungen einen Stich in die Lunge erhielt, der seinen Tod herbeiführte. Die Täter flüchteten sofort über die Mauern und Gärten hinweg, bis sie in einer Sadgasse festgenommen wurden. Da muß man doch gegenüber der sozialdemokratischen Presse die Frage aufwerfen, warum die Leute flüchteten, die nach dem „Vorwärts“ in Notwehr gehandelt haben. Warum bleiben ferner die Täter in Haft, wenn die Behauptung

des „Vorwärts“ richtig wäre? Nun ja! Dieses Blatt, der Täter sei acht Tage vorher von Lindnerischen Wagenarbeitern überfallen und mit Messern und Gummischläuchen ohne Grund bearbeitet worden. Warum ist denn der Behörde davon keine Anzeige erstattet worden? Aber selbst dann, wenn der Täter acht Tage vorher überfallen wurde, wie kann dann der „Vorwärts“ sagen, die Leute hätten in Notwehr gehandelt, indem sie hinterhältig ruhig ihres Weges gehende Leute über den Saufen stießen? Es gehört schon eine gehörige Portion Gefühlsroheit dazu, ein derartig trauriges Vorkommnis so zugunsten der Täter zu stellen. Da braucht man sich auch nicht darüber zu wundern, daß am Tage nach der Ermordung die „Genossen“ im Betriebe bei Lindner angeschrieben hatten: „Seute irrisches Hirschfleisch!“, womit sie den Niedergestochenen meinten. Solchen Verhöhnungen, welche in dieser unsäglich gemeinen Weise ihre Gefühlsroheit an den Tag legen, ist natürlich alles zugutzutragen. Die sozialdemokratische Presse aber würde gut tun, wenn sie bei der Beschönigung derartigen Vorkommnisse weniger Eifer an den Tag legte. Sie macht sich sonst zur Mitschuldigen und muß den Verdacht erwecken, daß in der Tat zwischen ihr und den Worbüben Beziehungen bestehen, die eine Verteidigung bedingen.

Wie sich die Mittelständler die Konsumvereine vorstellen. Die „Westdeutsche Mittelstandszeitung“ widmet den Warenhäusern und Konsumvereinen wieder einmal einen etwas konfuslen Leitartikel. Darin heißt es:

Nicht so vielseitig, aber in ihrer mittelstandschädlichen Tragweite nicht weniger gefährlich sind die Mittel, deren sich die Konsumvereine zur Erriingung ihrer geschäftlichen Zwecke bedienen. Wenn man den Konsumverein einmal als das betrachtet, was er eigentlich ist, nämlich ein Geschäftsbetrieb, der einer sehr großen Zahl von Besitzern zugehört, so kann man sich auf den ersten Blick wundern, wie es möglich ist, daß die Konsumvereine teilweise so große Mitgliederzahlen aufweisen. Denn es gibt doch heutzutage wahrlich leistungsfähige Detailhandelsbetriebe genug, die es mit jedem Konsumverein in der Mäßigkeit aufnehmen können. Und wenn man noch dazu nimmt die außerordentlich scharfe Konkurrenz gerade unter den Detailhändlern der Lebensmittelbranche, so bleibt für die Erklärung der Entwicklung der Konsumvereine nur eines übrig, daß es sich auch bei ihnen um einen Klammertrieb handelt.

Wer öfters Gelegenheit hatte, Versammlungen beizuwohnen, in denen die Konsumvereine für ihre Bewegung agitieren, wird diese Vermutung ohne weiteres bestätigen. Was nämlich für die Warenhäuser der Vordart ist, das ist für die Konsumvereine die Rückvergütung, sogenannte Dividende. So eigenartig es fürs erste klingen mag: Die Konsumvereinsdividende ist es gewesen, die den Konsumverein auf die Beine gebracht hat.

Einfacher kann man die Konsumvereinsbewegung nicht gut vernichten. Man behauptet, es gibt genug leistungsfähige Geschäfte, wundert sich über die großen Konsumvereine und hat damit klipp und klar bewiesen, daß das ganze nur ein Klammetrid ist. Nur sonderbar, daß dieser angebliche Trid nicht durchschaut wird, und daß die Bewegung ständig wächst und mächtiger wird. Das absolute Unverständnis für die volkswirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine führt dann weiter zu der falschen Behauptung, daß die Rückvergütung das ausschlaggebende Förderungsmittel ist. Die Konsumvereine fassen den zerplitterten Bedarf der vielen kleinen Haushaltungen zusammen. Auf diese Weise ermöglichen sie nicht nur dieselben Vorteile wie irgendein Großbetrieb des Kleinhandels; sie geben ihren Käufern, das sind die Mitglider, bessere Gewähr für Mite und richtiges Gewicht. Sie ermöglichen weiter eine Wahrnehmung des Konsumenteninteresses. Der Händler will verdienen und schwächt dem Kunden auf, was ihm hohen Nutzen abwirft. Der Geschäftsführer des Konsumvereins ist nur Beauftragter seiner Mitglieder und handelt in ihrem Interesse. Vor allem ermöglichen die Konsumvereine jedoch wieder Produktion für den Bedarf an Stelle der Verbringung eines verhältnismäßig unbedeutenden Marktes. Das haben die denkenden Konsumenten eingesehen, und deshalb sind sie den Konsumvereinen beigetreten. Mittelständler können das freilich nicht begreifen und juchen den Klammetrid.

Die Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter werden ihre Kurse für das Winterhalbjahr 1911/12 Ende Oktober eröffnen. Die Kurse, die in etwa 30 deutschen Hochschulkstädten bestehen, werden von Studenten und Studentinnen in streng neutralem Sinne geleitet. Sie bezwecken, Arbeitern und Arbeiterinnen, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, durch Unterricht in Deutsch, Schreiben, Rechnen usw. eine Ergänzung des Volksunterrichts zu geben. Der Unterricht ist

unentgeltlich, abgesehen von einer Gebühr von 50 Pfg. zur Deckung der Unkosten. Näheres über Programme, Anmeldungen usw. in den Tageszeitungen und Flugblättern.

Gewerkschaften-Teil

Sagan. Zu der allgemeinen Tagung ist seit dem 1. September nun auch noch eine Erhöhung der Mitgliedspreise gekommen. Das hat den hiesigen Ortsverband veranlaßt, eine öffentliche Gewerkschaften-Verammlung zum 6. September einzuberufen, die auch, namentlich von Hausfrauen recht zahlreich besucht war. Das einleitende Referat hatte der Kollege Köpfer-Först übernommen, der an der Hand eines reichen statistischen Materials den Nachweis erbrachte, daß die gegenwärtigen Gewerkschaftsverhältnisse, mit denen leider die Zielsetzung des Einkommens nicht gleichen Schritt gehalten hat, auf die verkümmerte Wirtschaftspolitik zurückzuführen sei. Die Wirkungen dieser Wirtschaftspolitik würden von dem Arbeiter in drastischer Weise gekennzeichnet. Wenn man bedenke, daß in Sagan ein Durchschnittslohn von 13 Mark verdient werde, dann sei es überhaupt nicht zu verstehen, wie unter den jetzigen Verhältnissen eine Arbeiterfrau auskommen könne. Arbeiter verlangte vom Arbeitgeber die Aufhebung der Zulage, wolle die Arbeiter, die befürchteten, daß es sich nicht nur um eine vorübergehende Preissteigerung handle, könnten die Konsumenten sich nur wehren dadurch, daß sie den Verbrauch der Milch so sehr wie möglich einschränken und zum Verkauf schreiben. Wenn auch auf die Milch nicht ganz verzichtet werden könne, so müsse der Bedarf auf das äußerste zurückgedrückt werden.

Diesem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen stimmte ein anwesender Stadtvorsteher durchaus zu. Auch er befürwortete den Vorschlag. Wenn alle Kreise der Bevölkerung zusammenhalten, dann würde es auch gelingen, den allen Weltpreisen wieder zu erreichen. Nachdem noch ein anwesender „Genosse“ die Situation für seine Parteigenossen auszunutzen versuchte, wurde eine Resolution angenommen, die sich im Sinne des Referenten hielt. Zum Schluß wies der Vorsitzende, Kollege Mahn, auf die Ziele und Zwecke der Deutschen Gewerkschaften hin, die, wie auch diese Versammlung gezeigt hätte, die Interessen der Arbeiter in jeder Hinsicht vertreten. Mit einem Hoch auf unsere Organisation wurde dann die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Stettin. Der hiesige Ortsverband hielt am 12. September eine Versammlung ab, in welcher der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, über „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“ sprach. Der Redner führte in seinem ganz einseitigen Vortrag etwa folgendes aus: Ein deutliches Sprichwort sagt: „Einigkeit macht stark“; wenn dem so ist, so muß doch Meinigkeit schwach machen, und letzteres zeigt sich so recht in der deutschen Arbeiterbewegung. Der Grund der Meinigkeit ist darin zu suchen, daß die Arbeiterbewegung nicht praktisch organisiert ist. Die Arbeiterbewegung hat sich organisieren lassen nach Partei, und kirchenspezifischen Richtungen, daher ist eine einheitliche Regelung der Verhältnisse nicht möglich. Man ist allein auf den eigentlichen Zweck der Arbeiterorganisationen an, „möglichst günstige Arbeitsbedingungen zu schaffen“, so gab es nur eine einzige Richtung in der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung muß nach dieser Richtung hin nach Verufen organisiert sein, ohne Unterschied von Partei und Glauben; denn jeder Arbeiter und jede Arbeiterin fühlt den Schmerz gleich, wenn der Lohn un-

genügend ist oder die Not der Arbeitslosigkeit drückt, gleichviel zu welcher Religion oder Partei er sich bekennt. Es wird daher weder die sozialistische, noch die christliche Weltanschauung jemals den Boden bilden können, auf dem alle Arbeiter zu dem einheitlichen Ziel, höchstmöglich günstige Arbeitsbedingungen zu erlangen, fest verbunden zusammenstehen können. Dem Trange nach innerer Vereinigung, dem auch Erfüllung gegeben muß, sind deshalb keine Schranken auferlegt, denn der Arbeiter ist außerhalb seiner wirtschaftlichen Organisation in der Lage, sich religiös zu erbauen und politisch zu betätigen. Es ist dies für jeden denkenden Arbeiter klar, deshalb müssen sie alle in den Gewerkschaften organisiert sein, weil es in dem Gewerkschaften-Programm heißt: „Die Gewerkschaften sollen, um die Durchführung ihrer Aufgaben wirksam zu fördern, alle Arbeiter ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses umfassen. Sie sind mitnichten religiös neutral und parteipolitisch unabhängig.“ Es leuchtet ein, daß diese Forderung der Organisation die der Zukunft sein muß, wenn die deutsche Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit nicht dauernd zur Charnach verdammte sein will! Diese schon heute in den Deutschen Gewerkschaften vorhandene Organisation wird den Boden bilden, auf dem alle Arbeiter sich zusammenfinden, denen es ernst ist um die Erlangung der bürgerlichen Gleichberechtigung und einer wirtschaftlich auskömmlichen und gesicherten Lebensführung. Sobald besagte Arbeiter einsehend die Organisationen der Arbeitgeber, welche sich nicht durch religiöse oder politische Momente unzeitig machen lassen, sondern in der Bekämpfung ihrer eigenen Interessen geschäftlich betreiben. Wenn dies auch die Arbeiterbewegung tun würde, welche geistliche Macht könnte sie ausüben, um wieder besser werden die Verhältnisse, und wieviel Kämpfe könnten vermieden werden, weil dann die Macht der Arbeiterorganisationen bei den Arbeitgeber-Veränden einen viel größeren Hebel ausüben würde. Zum Schluß erwähnte Redner die Anwesenheit, nämlich für die gute Sache zu werben und getreu in die Zukunft zu schauen; er ist überzeugt, daß die noch fernstehenden und auf falschem Wege befindlichen Arbeiter, abzuwenden werden die Verhältnisse, den rechten Weg finden werden. Redner schloß mit dem Vortrage. Eine Diskussion fand nicht statt, da die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten. Mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerkschaften wurde die interessante Versammlung geschlossen.
(Nach dem „Spremlinger Anzeiger“.)

Verbands-Teil

Veranstaltungen

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (G. D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerkschaften, Großschmiedstr. 221-23. Mittwoch, 20. September. Vortrag des Kolleg. Schumacher über: „Terrorismus“. Vollständ. Ergebnisse erwinnschl. Güte will. - **Gewerkschaften Siedertafel (S. D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Leubungsstunde i. Verbandsbau, der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Güte will. - **Sonnabend, 23. September. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Meißner, Bergstr. 69. **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr Freitag, 30. a. I. Mitteltagen. II. Monatsbericht. III. Vortrag des Kolleg. Reusteb über: „Die Unfallversicherung in der Reichsversicherungsordnung“. - **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen bei Schumacher, Salzgerstraße 126. **Experimental-Vortrag** des Herrn Voragern über: „Autogenes Schweißen“. - **Maschinenbau und**

Metallarbeiter VII. Abds. 8 1/2 Uhr, Orststraße 71. I. Protokoll. II. Mitteltagen. III. Monatsbericht. Vortrag über: „Die Hygiene-Ausstellung in Dresden“. - **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Krauß, Buttcherstr. 51.

Orts- und Regionalverbände

Breslau (Ortsverband). Dienstag, 26. September, abds. 8 1/2 Uhr Vertreter-Sitzung bei Paßke, Kupfer- schmiedestrasse 7. Wichtige Tages-Ordnung. - **Brandenburg a. S. (Ortsverb.).** Sonnabend, den 23. September, abds. 8 Uhr Vertrauensmännerversammlung sämtl. Ortsvereine bei Roland, Schützenstr. - **Bronberg (Ortsverb.).** Sonnabend, 23. September, abds. 8 Uhr Ortsverbandsoberer bei Wichter, Hirschmarkt. - **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Panstke, Sandowstr. 42. - **Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Mittwoch, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsbau, Kurfürststr. 29, Sitzung. - **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Kaiserstr. und Erholungstr. 64c. - **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbandsoberer-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal F. Simon, Alter Markt. - **Haaren b. Wachen.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskutierabend bei Pudewitz. - **Halle a. S. (Ortsverb.).** Der Diskutierabend findet jeden Sonntagabend i. Monat i. Postgasse, Nr. Braunhauserstr. - **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Sonnabend, 23. September, 43. Stiftungsfest, bestehend in Preisliedern, Preisnobelen und Ball in den oberen Sälen der „Königsruhm“, Bühlstr. 12. Anfang 8 Uhr. Eintritt 10 Pfennige. - **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, in Hüttenmanns Hotel, Poststr., Diskutierabend. - **Hersfeld (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Janber, Oststr. - **Herne in Westf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsoberer-Vertreterversammlung bei Witte Ruhe, Herne I, gegenüber der evang. Kirche. - **Leipzig (Gewerkschaften-Siedertafel).** Die Leubungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Güte und Stimmgebende Mitglieder sind dertal willkommen. - **M. - Gladbach - Rheidt (Ortsverband).** Am Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr Ortsverbandsoberer-Vertreterversammlung in M. Gladbach, Restaurant Schaurte. - **Mülheim a. Ruhr.** Jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10 1/2 Uhr Vertreterversammlung im Verbandslokal bei Johann Müller, Sandstraße 38. - **Tietzin (Sängerchor der Gewerkschaften).** Die Leubungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herz. willk. - **Schwerte-Weißhofen (Ortsverband).** Sonntags, den 24. September, nachm. 8 1/2 Uhr Vertreter-Sitzung beim Wirt Wehmann in Bickfeld. - **Zegel (Distriktsklub für Zegel, Dorsigwalde und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Hehner, Berlinstr. 88. Güte willkommen. - **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsverbandsoberer-Vertreterversammlung bei Nicolet, Maurerstr. 62. - **Weisenfels a. E. (Wesfangabteilung der Gewerkschaften).** Leubungsstunden jeder Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstr. - **Wesfangabteilung der Gewerkschaften.** Stets willkommen. - **Weisenfels (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskutierabend in Hermanns Garten.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Ztoly i. Pomm. (Ortsverb.). Wilh. Lewin, Schriftführer, Goldstr. 9a, vom 1. Oktober ab Klein-Kulstr. 7. St. Pottelkow, Kassierer, Sandberg 27.

Anzeigen-Teil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1910
auf festem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Der Zentral-Arbeitsnachweis
der Berliner Gewerkschaften (Hilfs-Verein)
NO. 55, Greifswalderstrasse 221-23
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.
Bersprecher: Amt VII, Nr. 4730.

Bauschule
Rastodel. Oldb.
Reister-u. Voller-
kurse. Vollständige
Ausbild. i. 5 Mon.
Ausf. Progr. frei.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Ecke Oberlaugasse.

Edin und Wälheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Besprechungskarten im Gewerkschaftsbureau, Severinstr. 118 I.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Radquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Beugel in Seitzners Kohlenhandlung, Zwingerstr. 3, entgegenzunehmen.

Ribersach a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Radquartier und Frühstück bei den Ortsvereinskassierern. Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Ochsen“, Marktpl.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Radquartier und früh beim Verbandskassierer W. Kowalkowski, Thorn, Helligegeßstr. 7/9.

Dag in Böhmen. Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten ein Radquartier und Frühstück oder eine Krone Reisunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch-nationaler Arbeiter-Vertretungen, Elfabergstr. 8.

Glogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten 75 Pfg. Ortsbesuch beim Kassierer P. E. Schumann, Mohrenstr. 7.

Lübeck (Ortsverband). Abend- und zureisenden Kollegen erhalten 75 Pfg. Lokalunterstützung bei den Ortsvereinskassierern, für die fehlenden Besuche beim Ortsverbandskassierer. Dasselbst werden auch Karten für die Herberge verabfolgt. Verkehrslokal D. Böhme, Wadnigmaner 120.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Mühlenterrasse 42.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten bei Besuche erhalten Radquartier und Verpflegungskarten hierzu bei Karl Hebel, Heisenstr. 32 A I.

Bitterfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsbesuch von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Besuche nicht am Orte vertretbar, beim Ortsverbandskassierer S. König, Adersstr. 1.

Hamburg-Wilmsa. Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten für 2 Tage Unterstützung. Karten sind bei den Ortsvereinskassierern oder bei dem Ortsverbandskassierer J. Glomp, Wilmsa, Gr. Brunnenstr. 17 erhältlich.

Walzenburg i. Schl. (Ortsverband). Die Herberge für durchreisende Kollegen befindet sich im Schwarzen Adler; die Karten werden vom Kollegen J. Appelt, Reuestr. 1, ausgegeben.

Essen (Ruhr). Herberge zur Heimat, Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerkschaftsbureau, Frohnhauserstr. 58.